Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2,30 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 6 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 66 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 19. März 1931

Die keine Ferien wollen.

Bis zum Ende seiner Beratungen hat sich der Reichstag die Verhandlung über die etwas „kitzligen" Haushalte des Wehr- und Finanzministeriums aufgespart. Beide sind nämlich durch die leidige Panzerkreuzerfrage von der Sozialdemokratie durch eine Art „Junctim" miteinander verbunden worden: Stimmenthaltung bei der Entscheidung über die erste Rate für den Panzerkreuzerbau, — dafür aber gewisse Steuererhöhungen, von denen die eine übrigens bereits in zweiter Lesung vom Reichstage angenommen worden ist. Vom Reichstage ist eine Zwecksteuer eingesetzt worden, deren Ertrag für die Kinderspeisung verwendet werden soll, wenigstens zu einem großen Teil: diese Tantiemensteuer, mit der sich auch die Mittelparteien einverstanden erklärten. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag sieht den Zuschlag zur Einkommensteuer bei den Einkommen über 20 000 Mark vor. Auch hier soll ein Teil des Ertrages Verwendung finden für den Bau des Panzerkreuzers, — ein noch größerer Teil freilich soll den Gemeinden in ihrer Finanznot helfen. Allerdings verhandelt man vorläufig noch über diesen zweiten Vorschlag, weil sich die Regierung sträubte, ihren Grundsatz, keinerlei Steuererhöhungen zu bringen, an irgendeiner Stelle durchlöchern zu lassen. Wenn eine Einigung hierüber zustande kommt, so muß sich diese natürlich aber über den Reichstag hinaus erstrecken, denn sonst besteht die Möglichkeit, daß der Reichsrat die Tantiemen- oder die erhöhte Einkommensteuer genau so streicht, wie er das mit den Bekommensteuer hinsichtlich der Gefrierfleischschlüssen des Reichstages hinsichtlich der Gefrierfleischeinfuhr und der Abänderung des Brotgesetzes getan hat. Dann wäre zwar die Rate für den Panzerkreuzer angenommen, ohne daß aber die Gegenforderungen der Sozialdemokratie erfüllt worden wären.

Man unterhandelt zwischen Regierung und Reichstagsparteien jetzt auch noch darüber, was eigentlich geschehen soll, wenn die Haushaltsberatung im Reichstag ohne weitere Schwierigkeiten Ende März fertiggestellt ist. Bekannt ist, daß die Regierung kein übermäßiges Gewicht darauf legt, den Reichstag etwa zu einer Sommertagung zusammenzubringen. Andererseits wollen verschiedene Fraktionen sich nicht gleich für ein halbes Jahr von der politischen Mitwirkung ausschließen lassen, — und an Stoff zu Beratungen und Verhandlungen dürfte es allerdings doch nicht so ganz fehlen. Da ist zum Beispiel die Wahlrechtsvorlage der Reichsregierung. Es ist, vielfältigen Erfahrungen gemäß, wirklich besser, wenn der Reichstag nicht gegen Ende seiner Lebenszeit eine derartige Vorlage in Angriff nimmt, sondern wenn Neuwahlen vorläufig noch nicht in Aussicht stehen.

Im übrigen hat der Reichsbankpräsident Dr. Luther gerade jetzt wieder auf weitere Aufgaben der Reichsregierung und des Reichstages verwiesen namens des „Bundes zur Erneuerung des Reiches", dessen Ehrenvorsitzender er ist. Reichsreform, — das ist ein Ziel, über dessen Notwendigkeit man sich von rechts bis links eigentlich ganz einig ist: nur ist der Weg dorthin freilich noch viel schwerer als der zur Änderung des Reichstagswahlrechts. Dr. Luther verweist mit Stolz darauf, daß sein Bund dafür gesorgt habe, das Ziel der Reichsreform nicht verschwinden zu lassen. Der Kern des Problems liege natürlich in dem Dualismus zwischen dem Reiche und Preußen, dessen Beseitigung oder Auflösung auf die verschiedenste Weise vorgeschlagen wird. Weiter empfiehlt der Bund die Ausgestaltung des Reichsrates zu einer zweiten Kammer, vor allem aber die Schaffung einer wirklich starken Reichsregierung, wobei Preußen als Ganzes eingegliedert werden müsse. Luther erinnert auch daran, wie brennend die Frage des Finanzausgleichs zwischen dem Reiche und seinen Ländern geworden ist, und man kann wohl auch daran denken, wie die Reichsregierung im Laufe der letzten Monate, also während der großen Steuer- und Finanzreform, immer wieder betont hat, sie betrachte die Reform des Finanzausgleichs als nächste und wichtigste Aufgabe. Denn schließlich kommt es ja bei der Kräfteverteilung zwischen dem Reiche, den Ländern und den Gemeinden in allererster Linie auf den finanziellen Unterbau an.

Gegen politische und kulturelle Ausschreitungen.

Konferenz der deutschen Polizeiminister.

Die unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Wirth tagende Konferenz der Polizeiminister der größeren Länder beschäftigte sich mit der innenpolitischen Lage unter besonderer Berücksichtigung der antireligiösen Verhetzung und der politischen radikalen Strömungen. Die sehr eingehende Aussprache ergab, wie amtlich mitgeteilt wird, die völlige Übereinstimmung in der Auffassung, daß es notwendig sei, der ständig wachsenden Verhetzung und Ausschreitung in politischer und kultureller Hinsicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten. Die festgestellte einmütige Auffassung der Länderminister wird die Grundlage einer baldigen Aussprache des Reichsinnenministers beim Reichskanzler bilden.

Die Post soll die Tarife senken!

Die Entwicklung der Reichspost.

Die Postbestellung auf dem Lande.

Meine vier Damen und einundzwanzig Herren! beginnt ein Redner seine Ausführungen zum Haushalt des Reichspostministeriums. Mehr Volksvertreter sind nämlich nicht anwesend. Und des Scherzes halber hat der Redner sie vorher gezählt. Er hätte auch die besetzte Ministertribüne mit den Herren des Reichspostministeriums nachzählen sollen. Da hätte er feststellen können, daß auf jener Tribüne mehr Ministerialräte vorhanden sind als Abgeordnete unten im Saale.

Das ist übrigens an und für sich gar nicht so verwunderlich, denn der Haushalt des Reichspostministeriums ist der kürzeste unter allen. Er besteht aus nur einem einzigen Posten auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite. Dort wird die Summe verzeichnet, die dem Reich als Ertrag der Reichspost zugewiesen wird, und bei den Ausgaben findet sich allein: Gehalt des Reichspostministers. Weiter nichts. Der Reichstag hat ja nichts dreinzureden, nichts zu bestimmen im Betriebe der Post, wo der Minister zusammen mit dem Verwaltungsrat Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft regelt. Freilich sitzen in diesem Verwaltungsrat der Reichspost auch eine Anzahl von Parlamentariern und diese halten nun ihre Reden vor der Öffentlichkeit, weil sie im Verwaltungsrat nicht das erwünschte Echo haben können. Vermutlich sind diese Reden dort schon einmal gehalten worden und die Kollegen vom Verwaltungsrat haben jetzt im Plenum erst recht keine Lust, sich das alles zum zweiten Male anzuhören. Und da der Reichstag zwar kritisieren, aber weder kontrollieren noch überhaupt dreinreden darf, — denn die Reichspost verwaltet ihren ganzen Betrieb selbständig „nach kaufmännischen Gesichtspunkten" — so äußert man eben nur Wünsche und Beschwerden, die der Minister mehr oder minder wohlwollend zur Kenntnis nimmt oder — bereits genommen hat. Das ist nicht gerade kurzweilig, und darum ist es eigentlich schon recht viel, daß sich ein viertel Hundert Abgeordnete stumm und müde anhören, was sie schon einmal vernommen haben.

In ein paar Stunden ist die ganze Sache erledigt und Stephans Nachfolger kann mit bewilligtem Gehalt und mit dem Gefolge seiner ebenso stumm gebliebenen Ministerialräte das Hohe Haus wieder verlassen, das in und an dem Betriebe der Post ja doch nichts zu sagen, jedenfalls nichts zu ändern vermag.

*

Sitzungsbericht.

(45. Sitzung.) CB. Berlin, 18. März.

Nach Eröffnung der Sitzung kommt es zu heftigen Lärmszenen der Kommunisten, als der Abg. Maddalena die Aufhebung des Demonstrationsverbotes in Hamburg verlangt. Nach scharfen Angriffen auf die Behörden wird dem Redner unter großem Lärm der Kommunisten nach vorhergehender Verwarnung das Wort entzogen. Gegen die sofortige Besprechung der Hamburger Vorgänge wurde Widerspruch eingelegt.

Es folgt die zweite Lesung des Reichshaushaltsplanes mit dem

Haushalt des Reichspostministeriums.

Der Haushaltsausschuß hat eine Reihe von Anträgen eingebracht. Gefordert wird u. a. eine Senkung der Fernsprechgebühren für Wenigsprecher.

Reichspostminister Dr. Schätzel gab eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der Deutschen Reichspost im letzten Jahre. Die Verwaltung habe mit allen Mitteln danach gestrebt, ihren Verkehrsapparat nach Möglichkeit auszubauen und zu verbessern, dabei aber der schwer um ihre Existenz ringenden deutschen Wirtschaft durch verstärkte Auftragserteilung und Tarifherabsetzung zu Hilfe zu kommen. Der Ausfall an Einnahmen infolge des Tiefstandes der Wirtschaft sei nach Möglichkeit durch größte Wirtschaftlichkeit auf allen Gebieten wettgemacht worden. Zur

Postversorgung des flachen Landes

waren Ende des laufenden Rechnungsjahres etwa 1150 Landkraftposten mit 14 700 Poststellen und 2400 Postagenturen vorhanden. Das Kraftpostnetz umfaßte rund 2340 Linien mit etwa 45 600 Kilometer Streckenlänge. Im Sommer 1930 wurden 110 Luftpostlinien benutzt, im letzten Winter 26 Linien. Die Verkehrssteigerung bei der Luftpost belief sich auf 58 Prozent gegenüber 1929. Die Zahl der Postscheckkunden hat nahezu eine Million erreicht. Der Gesamtumsatz ist aber um rund 8 Milliarden auf 130 Milliarden gesunken. Im Telegraphenwesen wurden die Verbindungsmaßnahmen fortgesetzt. Das Bildtelegraphennetz wurde ausgebaut und der Funktelegraphenverkehr erweitert.

Die Zahl der Rundfunkteilnehmer

steigerte sich um eine halbe Million, bis Ende 1930 auf rund 3,5 Millionen.

Das Beschaffungsprogramm der Reichspost

belief sich 1930 auf 410 Millionen Mark. Dazu traten noch Zusatzaufträge in Höhe von 200 Millionen Mark. Bezüglich der Rationalisierung wird das Tempo verlangsamt, soweit es nur irgend angängig ist, um den Arbeitsmarkt nicht zu belasten. Ende 1930 waren über 25 000 Maschinen aller Art und nahezu 1800 mechanische Förderanlagen in Betrieb. Zum Schluß hob der Minister die Einrichtung der neuen Laufbahn der Postzustellungboten für den einfachen Postbetrieb hervor. Diese Laufbahn ist ausschließlich den Volksschülern vorbehalten. Der Minister zollte dem Personal Anerkennung und Dank für die im letzten Jahre in opferbereiter Pflichterfüllung geleistete Arbeit.

In der Aussprache verweist Abg. Biedermann (Soz.) darauf, daß bei der Reichspost der Kraftpostbetrieb auf dem Lande immer noch nicht ausgebaut sei. Der Redner macht der Verwaltung heftige Vorwürfe, daß sie unter den Beamten eine Agitation im Sinne der Nationalsozialistischen Partei nicht bloß dulde, sondern auch fördere.

Abg. Kampschulte (Ztr.) fordert, daß die Reichspost genügendes Verständnis für die Bedürfnisse der Wirtschaft aufbringe. Der Redner erklärt dann, eine besondere Förderung des Handwerks durch die Erteilung von Postaufträgen im Beschaffungsprogramm sei notwendig. Es müsse für einen ausreichenden Nachwuchs bei den unteren und mittleren Schichten gesorgt werden.

Abg. Torgler (Komm.) meint, die Hoffnungen des Ministers auf eine günstige Wirtschaftsentwicklung werden sich als irrig erweisen.

Abg. Mollath (Wirtschaftspartei) beschäftigt sich mit dem Überweisungssystem der Reichspost und den Gehaltssenkungen; hierdurch seien bei der Post 62 Millionen erspart und auch tatsächlich an das Reich abgeliefert worden. Ein Anspruch des Reiches darauf sei aber nicht anzuerkennen, vielmehr müsse dieser Betrag für Tarifsenkungen Verwendung finden. Bei der

Vergebung der Postaufträge müsse das selbständige Handwerk mehr als bisher Berücksichtigung finden.

Abg. Dingler (Landvolk) setzt sich gleichfalls für eine Senkung der Postgebühren ein. Redner verlangt dann weiter einen Ausbau der Kraftposten, besonders in den ländlichen Gebieten.

Abg. Morath (D. Vp.) weist darauf hin, daß die Amtsfreudigkeit bei der Post leiden müsse, wenn von Jahr zu Jahr Aufstiegsmöglichkeiten immer mehr versagt werden. Es sei durchaus richtig, daß auch bei der Reichspost im Dienst nicht politisiert werden dürfe.

Abg. Schwarzer-Oberbayern (Bayer. Vp.) tritt für die bayerischen Belange auf postalischem Gebiete ein.

Reichspostminister Dr. Schätzel

geht auf die Wünsche und Beschwerden der Vorredner ein und verweist auf seine verschiedentlichen Verfügungen. Es müsse zum Ausdruck gebracht werden, daß er

staatsfeindliche Bestrebungen in der Beamtenschaft

nicht dulde. Er habe auch entsprechend gehandelt und die Beamten auf ihren Diensteid hingewiesen, der sie verpflichte, nicht gegen die Verfassung zu arbeiten. Nach den Grundsätzen der Unparteilichkeit und Gerechtigkeit könne gegen Beamte und Arbeiter der Post nur vorgegangen werden, wenn Beweise vorliegen. Verallgemeinerungen weise er zurück. Der Minister geht darauf im einzelnen auf die vorgebrachten Fälle

nationalsozialistischer Betätigung von Beamten

ein und schließt mit der Versicherung, daß selbstverständlich die nach Verfassung und Beamtenrecht sich ergebenden Folgerungen rücksichtslos gezogen werden. Er wendet sich gegen die Behauptung, daß

das Postgeheimnis nicht gewahrt

werde, vielmehr sei dieses Fundament des Postbetriebes unerschüttert. Der Minister stellt fest, daß eine Gebührensenkung in der heutigen Zeit ausgeschlossen sei. Das gelte auch für den Rundfunk.

Damit schloß die Aussprache. Eine Entschließung über

die Senkung der Fernsprechgebühren

für Wenigsprecher wird angenommen und der Haushalt für die Reichspost genehmigt.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Vertagung des Reichstages noch vor Ostern unumgänglich.

Die Verhandlungen Dr. Brünings mit der SPD. gescheitert.

In einer Fraktionssitzung der Zentrumspartei des Reichstages berichtete Reichskanzler Dr. Brüning über die politische Lage und seine Verhandlungen mit der Sozialdemokratischen Partei. Diese Verhandlungen sind vorläufig ergebnislos verlaufen. Die Reichsregierung hält an ihrer Ablehnung der Steueranträge der Sozialdemokratie auf Erhöhung des Einkommensteuerzuschlages unter allen Umständen fest.

Ebenso steht die Reichsregierung nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Vertagung des Reichstages bereits vor Ostern bis zur Zeit der Herbstsession unumgänglich notwendig ist.

Nach der Sitzung empfing der Reichskanzler die Abgesandten der Volkspartei, die den ablehnenden Standpunkt ihrer Fraktion gegenüber Steuergesetzentwürfen der Sozialdemokraten abermals allem Nachdruck wiederholten.

Erklärung der nationalen Opposition.

Gegen den deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Aus führenden Kreisen der nationalen Opposition wird mitgeteilt:

„Von mittelparteilicher Seite ist im Restreichstag verlangt worden, daß der deutsch-polnische Handelsvertrag noch während des laufenden Tagungsabschnittes parlamentarisch verabschiedet werden soll. Ein Teil der Regierungspresse hat sich diese Forderung zu eigen gemacht.

Sollte der Plan verwirklicht werden, so würden die aus dem Reichstage ausgezogenen 151 Abgeordneten geschlossen zu dieser Abstimmung erscheinen, um den gegen Ostmark und Landwirtschaft gerichteten vernichtenden Schlag abzuwehren. Sie werden alsdann den Reichstag wieder verlassen."

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF